

# Geißler will Bürger stärker an Südlink-Planung beteiligen

Ehemaliger CDU-Generalsekretär spricht vor der christdemokratischen Landtagsfraktion über Basta-Politik und Zivilgesellschaft

VON KRISTIAN TEETZ

**HANNOVER.** Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler fordert eine aktive Beteiligung der Öffentlichkeit am Bau der Südlink-Trasse. Den Verlauf der sogenannten Stromautobahn, die Windstrom aus Norddeutschland in den Süden transportieren soll, kritisieren zahlreiche Landkreise, Gemeinden und die Region Hannover sowie Anwohner der betroffenen Ortschaften. Geißler betonte am Dienstag vor der CDU-Landtagsfraktion, dass Großinvestitionen wie Flughäfen, Bahnhöfe und Stromtrassen nicht mehr „gegen oder ohne die Bürger“ zu realisieren sind.

Geißler forderte seine Partei auf, sich mit der Zivilgesellschaft zu verbünden. „Wir leben in einer Zeit, in der mehr Menschen auf die Straße als zur Wahl



Für Bürgerbeteiligung: Heiner Geißler.

gehen“, sagte der 84-Jährige, der unter anderem beim Streit um den Bahnhofsbau „Stuttgart 21“ als Schlichter gewirkt hat. Die Basta-Politik eines Gerhard Schröder sei am Ende und nicht mehr akzeptiert.

Bei großen Vorhaben wie der Nord-Süd-Trasse Südlink sei der Zeitraum, bevor ein solches Projekt in formale Bereiche wie Bau- und Planungsrecht tritt, entscheidend. Für diese „frühe, nicht förmliche Bürgerbeteiligung“ nannte Geißler vier Grundsätze.

Erstens: Alle Beteiligten müssten sich an einen Tisch setzen – egal ob Bürgermeister, Landrat, Vertreter von Unternehmen oder einfache Bürger. Zweitens: Alle Fakten müssten auf den Tisch. „Es darf keine Gemeindebeschlüsse mehr im Hinterzimmer geben. Es bedarf absoluter Transparenz.“ Drittens: Was

zähle, seien sach- und faktenorientierte und nicht parteipolitische Argumente. Viertens: Die Diskussion müsse auf Augenhöhe geführt werden.

Das bedeute auch, so Geißler, dass die öffentliche Hand jenen Vertretern der Gegenpositionen Gutachten und Sachverständige finanzieren müsse, die sich diese normalerweise nicht leisten können. „Es ist eine öffentliche Aufgabe, dass Bürgerbeteiligung auch finanziert werden kann“, sagte der Politiker, der in seinem Vortrag auch daran erinnerte, dass er einen Teil seiner Schulzeit an der Leibnizschule in Hannover verbracht hat.

Das Entscheidende sei, diesem „frühen, nicht förmlichen“ Verfahren eine rechtliche Struktur zu geben. Er empfehle den Christdemokraten, sich bei der Ausarbeitung der Rahmenbedin-

gungen „an die Spitze der Bewegung zu stellen, anstatt anderen Parteien hinterherzuecheln“. Geißler betonte, er sehe trotz der bereits begonnenen Planung auch bei der Südlink-Trasse noch die Möglichkeit, eine entsprechende Regelung rechtzeitig zu erarbeiten.

Wichtig sei außerdem, dass die Einwände der Zivilgesellschaft aus der frühen Bürgerbeteiligung auch Eingang in die weiteren Planungen des betreffenden Bauprojekts finden. Die Bürger müssten sagen können, „wir hatten die Chance das durchzusetzen, was wir für richtig halten“, sagte Geißler. Dazu müssten auch alle möglichen Alternativen vom Vorhabenträger genannt und diskutiert werden. Dann sinke nach seiner Einschätzung die Zahl der nachträglichen Einwände und Klagen gegen das jeweilige Bauprojekt.